Herr Webels berichtete analog der Tischvorlage (wird der Niederschrift beigelegt) über die aktuelle Unterbringungssituation in der Stadt Sankt Augustin sowie die im Leistungsbezug nach dem AsylbLG stehenden Flüchtlinge. Herr Webels wies darauf hin, dass die Unterbringungseinrichtungen eine gemischte Belegung aufweisen. So werden alle Wohnungslosen, sei es mit Flucht- und Migrationshintergrund und/oder Personen jeglicher Herkunft mit entsprechendem Sozialhilfebezug, die keinen eigenen Wohnraum für sich finden konnten, in den Einrichtungen beherbergt. Seit drei Jahren erfolgen seitens des Bundes keine Neuzuweisungen von geflüchteten Personen, ausgenommen sind Familienzusammenführungen.

In seinen Erläuterungen ging Herr Webels auch auf die Corona-Situation ein. Hier konnte berichtet werden, dass die untergebrachten Personen Corona-Versorgungspakete erhalten, mit denen Masken und alle weiteren notwendigen Desinfektions- und Hygieneutensilien verteilt wurden. Bei Bedarf erhalten die Bewohner entsprechenden Ersatz für verbrauchtes Material. Die geltenden Schutzmaßnahmen des Landes NRW sind selbstverständlich auch für die Personen in den Unterkünften bindend. Bisher war lediglich ein Fall von einer Corona-Infektion bekannt geworden. In diesem Fall haben sich alle Betroffenen vorbildlich verhalten und sehr gut mit den zuständigen Behörden zusammengearbeitet.

Herr Bamberg fragte hinsichtlich der entspannten Unterbringungssituation nach, ob man sich nicht der Initiative anderer Kommunen anschließen könne, mehr schutzsuchende geflüchtete Personen in der Stadt aufzunehmen.

Herr Doğan wies auf die schon erfolgten Bemühungen seitens der Verwaltung der Stadt und des Rhein-Sieg-Kreises hin, besonders unter den Eindrücken der Situationen in der griechischen Flüchtlingsunterkunft Moria, mehr Geflüchteten notwendige Unterbringungen anzubieten. Hierzu gab es eine Pressemitteilung des Hauptverwaltungsbeamten des Rhein-Sieg-Kreises, die Herr Doğan der Niederschrift beigelegen lässt. In dieser wird die Bereitschaft an die Bundesregierung formuliert, mehr geflüchtete Personen als dem geforderten Kontingent aufzunehmen. Dies wird in der Pressemitteilung entsprechend der Aussage von Herrn Stefan Raetz, dem Sprecher der Bürgermeister im Rhein-Sieg-Kreis, aufgezeigt: „Als Ratspräsidentin in der EU haben wir für eine gesamteuropäische humanitäre Lösung zu sorgen. Wir erwarten ein sichtbares Zeichen der Menschlichkeit. Sofort! Wenn alle Europäer*innen und damit auch wir im Rhein-Sieg-Kreis unsere Herzen öffnen, dann helfen wir den Schwächsten der Schwachen.“ (Raetz, Stefan aus: Bonner Rundschau vom 12.09.2020).

Entsprechend sind die Stadt Sankt Augustin und der Kreis hier stark bemüht, mehr geflüchtete Personen unterzubringen. Bis heute ist von Seiten der übergeordneten Behörden keine Reaktion erfolgt.

Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.